

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

13.2.1928 (No. 37)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3.- RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Amtlicher Teil

Die Arbeitsmarktlage in Südwestdeutschland in der Zeit vom 2. bis 8. Februar 1928

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)

Bei Schwankungen in verschiedenen Berufsgruppen blieb das seitliche Gesamtbild der Arbeitsmarktlage bestehen.

In der Landwirtschaft, insbesondere derjenigen des Bodenseegebiets, machte sich lebhaftere Nachfrage vornehmlich nach jüngeren ständigen Personal geltend.

Der mäßige Bedarf der Industrien der Steine und Erden war ohne Schwierigkeit zu decken.

In der Metallverarbeitung und in der Maschinenindustrie hielt der im ganzen weiter befriedigende Geschäftsgang an.

Die Karlsruher Seifenindustrie hat sich für jugendliche Arbeiterinnen ausnahmefähig gezeigt.

Die Lage in der Lederfabrikation hat sich ungleich gestaltet. Neben Entlassungen waren indes auch vermehrte Einstellungen zu beobachten.

Die Karlsruher Seifenindustrie hat sich für jugendliche Arbeiterinnen ausnahmefähig gezeigt.

Die Lage in der Lederfabrikation hat sich ungleich gestaltet. Neben Entlassungen waren indes auch vermehrte Einstellungen zu beobachten.

Die Karlsruher Seifenindustrie hat sich für jugendliche Arbeiterinnen ausnahmefähig gezeigt.

Die Lage in der Lederfabrikation hat sich ungleich gestaltet. Neben Entlassungen waren indes auch vermehrte Einstellungen zu beobachten.

Die Karlsruher Seifenindustrie hat sich für jugendliche Arbeiterinnen ausnahmefähig gezeigt.

Die Lage in der Lederfabrikation hat sich ungleich gestaltet. Neben Entlassungen waren indes auch vermehrte Einstellungen zu beobachten.

Die Karlsruher Seifenindustrie hat sich für jugendliche Arbeiterinnen ausnahmefähig gezeigt.

Die Lage in der Lederfabrikation hat sich ungleich gestaltet. Neben Entlassungen waren indes auch vermehrte Einstellungen zu beobachten.

Die Karlsruher Seifenindustrie hat sich für jugendliche Arbeiterinnen ausnahmefähig gezeigt.

Die Lage in der Lederfabrikation hat sich ungleich gestaltet. Neben Entlassungen waren indes auch vermehrte Einstellungen zu beobachten.

Die Karlsruher Seifenindustrie hat sich für jugendliche Arbeiterinnen ausnahmefähig gezeigt.

Die Lage in der Lederfabrikation hat sich ungleich gestaltet. Neben Entlassungen waren indes auch vermehrte Einstellungen zu beobachten.

Die Karlsruher Seifenindustrie hat sich für jugendliche Arbeiterinnen ausnahmefähig gezeigt.

Die Lage in der Lederfabrikation hat sich ungleich gestaltet. Neben Entlassungen waren indes auch vermehrte Einstellungen zu beobachten.

Letzte Nachrichten

Die Krisis im Reich

M. Berlin, 13. Febr. (Priv.-Tel.) Heute nachmittag tritt der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien zusammen, um zu der Frage der Reichstagsauflösung Stellung zu nehmen.

Drei Möglichkeiten bespricht man heute mittig: Die eine ist die sofortige Auflösung mit Neuwahlen am 25. März.

Die zweite wäre, ein Neuaufbau der Koalition, der offenbar von Hindenburg selbst angeregt worden ist und in dem man als Kanzler einen bekannten Zentrumsgesandten der Linken nennt, doch besteht dafür kaum Aussicht.

Die dritte wäre, die Ernennung eines Geschäftsministeriums durch Hindenburg, vorwiegend zusammengesetzt aus Beamten.

Von zukünftiger Seite wird betont, daß der völksparteiliche Führer Scholz in der letzten Zeit vom Reichspräsidenten nicht empfangen worden ist, also auch nicht der Verfasser des bekannten Briefes sein kann.

Titulescu und Stresemann

M. Berlin, 13. Febr. (Priv.-Tel.) Der rumänische Staatsmann Titulescu hat sich — wie aus Paris gemeldet wird — den dortigen Blättern gegenüber sehr befreit über seinen Pariser Aufenthalt und seine Besprechungen mit Briand und Poincaré ausgesprochen.

Ein deutsch-amerikanischer Schiedsgerichtsvertrag

M. Berlin, 13. Febr. (Priv.-Tel.) Zu Meldungen, wonach die amerikanische Regierung mit Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen gedenkt, wird aus Berlin mitgeteilt, daß einleitende Besprechungen in Washington bereits begonnen haben.

Kardinal Glond in Berlin

W.B. Berlin, 13. Febr. (Tel.) Der Erzbischof von Posen, Gnesen und Primas von Polen, Kardinal Glond ist heute vormittag 7,35 Uhr von Köln kommend, auf dem Bahnhof Zoologischer Garten eingetroffen.

Die polnischen Wahlen

W.B. Warschau, 13. Febr. (Tel.) Vizepräsident Dr. Bartels hielt gestern in Krakau eine Wahlrede zugunsten der Regierungspartei, in der in allgemeinen Zügen ein Weg der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage entworfen wurde.

Operation Churchill

W.B. London, 13. Febr. (Tel.) Schatzkanzler Churchill mußte sich in der vergangenen Nacht einer Operation unterziehen, die einen befriedigenden Verlauf nahm.

* Die parlamentarische Krisis in Berlin

Über eine Tatsache besteht heute bereits vollkommene Klarheit: das Reichsschulgesetz nach dem Entwurf des Reichsinnenministers von Heubell ist gescheitert.

Was soll nun geschehen? Es gibt drei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit heißt: Auseinanderfallen der Koalition, sofortige Auflösung des Reichstags und Neuwahlen gegen Ende März.

Die zweite wäre, ein Neuaufbau der Koalition, der offenbar von Hindenburg selbst angeregt worden ist und in dem man als Kanzler einen bekannten Zentrumsgesandten der Linken nennt, doch besteht dafür kaum Aussicht.

Die dritte wäre, die Ernennung eines Geschäftsministeriums durch Hindenburg, vorwiegend zusammengesetzt aus Beamten.

Von zukünftiger Seite wird betont, daß der völksparteiliche Führer Scholz in der letzten Zeit vom Reichspräsidenten nicht empfangen worden ist, also auch nicht der Verfasser des bekannten Briefes sein kann.

Über eine Tatsache besteht heute bereits vollkommene Klarheit: das Reichsschulgesetz nach dem Entwurf des Reichsinnenministers von Heubell ist gescheitert.

Was soll nun geschehen? Es gibt drei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit heißt: Auseinanderfallen der Koalition, sofortige Auflösung des Reichstags und Neuwahlen gegen Ende März.

Die zweite wäre, ein Neuaufbau der Koalition, der offenbar von Hindenburg selbst angeregt worden ist und in dem man als Kanzler einen bekannten Zentrumsgesandten der Linken nennt, doch besteht dafür kaum Aussicht.

Die dritte wäre, die Ernennung eines Geschäftsministeriums durch Hindenburg, vorwiegend zusammengesetzt aus Beamten.

Von zukünftiger Seite wird betont, daß der völksparteiliche Führer Scholz in der letzten Zeit vom Reichspräsidenten nicht empfangen worden ist, also auch nicht der Verfasser des bekannten Briefes sein kann.

Über eine Tatsache besteht heute bereits vollkommene Klarheit: das Reichsschulgesetz nach dem Entwurf des Reichsinnenministers von Heubell ist gescheitert.

Maßnahmen für die Landwirtschaft beschränken. Die Parteien der Koalition würden sich unter sich darüber einig werden, daß der Reichstag aufgelöst wird, sowie diese Arbeiten abgeschlossen sind. Voraussetzung dafür wäre, daß die Zentrumsfraktion sich mit der Austragung gerade des Gesetzentwurfs, an dem sie am meisten interessiert war, abfindet. Politisch und gefühlsmäßig würde das ein großes Opfer bedeuten. Und es ist zu begreifen, daß man sich innerhalb der Reichstagsfraktion des Zentrums im Augenblick über das, was nun zu geschehen hat, noch nicht ganz klar ist. Die nächsten Tage werden zweifellos eine Entscheidung nach dieser oder jener Richtung bringen.

Die Streikbewegung im böhmischen Bergbau

Prag, 13. Febr. (Tel.) Die Streikbewegung im nordwestböhmischen Bergbau hat heute früh auf den Gruben im Prázer, Komotauer und Teplitzer begonnen. Die Grubenbesatzungsmannschaften haben sich auf allen Gruben eingefunden. Nur auf den staatlichen Gruben Julius II und Julius III sind die Maurer und Zimmerleute nicht eingefahren. Die Notstandsarbeiten werden auf diesen Gruben von den Aufsehern verrichtet. Auf der Grube Brinz Eugen stellten sich zwei Leute zu den Erhaltungsarbeiten ein. Im Mladnoer, Pilsener und Ostrauer Steinkohlenrevier wird normal gearbeitet.

Poincaré in Straßburg

Ministerpräsident Poincaré hielt am Sonntag mittag bei einem von den eifrigen Bürgermeistern in Straßburg veranstalteten Bankett eine Rede, in der er auf die autonomistische Bewegung zu sprechen kam und erklärte: Wenn bei der nächsten Schwurgerichtsperiode die traurigen Gesellen, die unter Anklage stehen, sich verantworten müssen, werde das Elsaß erkaufen sein über die Infamie, die dabei enthalten werden wird. Das Elsaß werde dann nicht mehr zulassen, daß unter dem Vorwand, die weitgehendste Freiheit zu fordern, verdächtige Agenten Zeitungen verbreiten, die von ausländischen Quellen gespeist werden und die mit ausländischen Organisationen Fühlung nehmen und unter dem Dämantel der Autonomie des Elsaß eine neue Amputation Frankreichs vorbereiten. Es müsse jeder fremdländische Einfluß, der sich in die Verwaltung der französischen inneren Angelegenheiten einmische, abgelehnt werden. Das Elsaß habe sich ja schon wiederholt über sein Schicksal ausgesprochen. Poincaré verlas hierauf eine Anzahl von Telegrammen, die er vom Präsidenten des unteren Elsaß erhalten habe, und schloß die Rede wie folgt: „Seid Ihr Franzosen, rüchaltlos Franzosen, bedingungslos Franzosen, ohne Hinterhalt Franzosen? Diejenigen, die nicht klar antworten werden, die den Mut haben sollten, sich hinter Wenn und Aber zu verschanzten, sie werden, davon bin ich überzeugt, mit Schärfe vom Elsaß abgelehnt werden.“

Paris, 13. Febr. Wie Havas aus Straßburg berichtet, sind im Verlaufe der gestern nachmittag bei der Abreise Poincarés auf dem Bahnhof durch den Zwischenruf Subers entstandenen Zusammenstöße zwei Demonstranten, ein Schmied und ein Eisenbahnbeamter, wegen Widersehlichkeit verhaftet worden. Gegen Suber und einen aus Reß stammenden Kommunisten wurde wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Strafantrag gestellt.

Ein neues Zeitungsunternehmen Lord Rothermeres

London, 13. Febr. (Tel.) Der bekannte Zeitungsmagnat Lord Rothermeres kündigt in seinen Blättern die unmittelbare bevorstehende Gründung eines riesigen Zeitungsunternehmens an, das mit einem Kapital von 7½ Millionen Pfund Sterling arbeiten soll und das Ziel verfolgen wird, in allen wichtigen Mittelpunkten Großbritanniens neue Abendzeitungen zu gründen. Diese neuen Blätter werden alle unter der Aufsicht Lord Rothermeres stehen und im Zusammenhang mit seinen Londoner Blättern arbeiten. Die neue Gesellschaft, die die neuen Blätter betreiben soll, wird den Namen des verstorbenen Bruders Lord Rothermeres, Northcliffe, tragen.

Kommunistenverhaftungen in Remel. In Remel sind eine Anzahl aus Litauen zugezogene Kommunisten verhaftet worden. Es handelt sich meist um jugendliche Personen.

Badisches Landestheater

Neu einstudiert: Wilhelm Tell

Schauspiel in fünf Akten von Schiller
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Die letzte Neueinstudierung des Tell erlebten wir vor sechs Jahren durch den damaligen Intendanten Robert Volkner. Dieser erzielte eine achtungswürdige Leistung durch Betonung des Barockcharakters des realistisch-illusionistischen Volksstückes mit Unterordnung starker Kontrastwirkungen unter die beherrschende Zentralfigur des Tell. Felix Baumbach ging mit teilweiser neuer Besetzung bewußt andere Wege. Er versuchte in gedämpfter Klassizismus ein einheitliches Volkstümliches, in dem Wilhelm Tell bestenfalls primus inter pares ist. Die als Furore ohne heftige Beilagen gestaltete und mißgünstige Eingangsszene — übrigens ähnlich wie in der letzten Inszenierung — ließ die Dämpfung des regieführenden Spielwillens nicht erwarten. Sie kam überraschend und wurde zielbewußt bis zum Schluß, bei dem die Partizipationsgestirne war, durchgehalten.

Ohne die Tätigkeit des Regisseurs herabsetzen zu wollen, scheint mir aus der heute gleichermaßen wie damals erzielten starken Wirkung in erster Linie die unverwundliche Bühnenkraft von Schillers Meisterwerk zu sprechen, die alle Regiekünste siegreich überdauert. Andererseits soll aber auch anerkannt werden, daß einzelne Szenen gerade durch ihre Dämpfung überaus klar zur Geltung kamen. Auch im äußeren Bühnenbild, wofür als Vater natürlich Torsten Oechel zeichnete, hatte sich Baumbach gänzlich von seinem Vorgänger losgelöst. Wenn er damit auch ausgesprochene Fehler der früheren Inszenierung vermied und zweifellos malerische Eindrücke von ungleich stärkerer Wirkung erzielte, so kann man doch nicht von durchweg glücklicherer Raumgestaltung reden. Man braucht sich wirklich nicht mehr über den Treppenaufbau, der übrigens lange vor seiner schon bekannt war, auf der Bühne aufzuregen und kann doch die von Baumbach getroffene Stufengliederung des Bühnenpodiums für die Tellinszenierung ablehnen. Die Kattis-Ebene und die Hölle-Gasse-Szene waren jedenfalls raumbildnerisch offensichtlich Mißgriffe. Die Kattis-Ebene wirkte dadurch — allerdings unterstützt durch den theatralisch im Mittelpunkt posierenden und Augenbrauen wälgenden Beding — opernhafte, und die Hölle-Gasse-Szene wirkte in ihrem Total-

Deutscher Reichstag

Berlin, 11. Februar

Bundsrat bittet Abg. Dr. Mumm (Dnt.) mit Rücksicht auf die Verhinderung über den Rechtsausfluß folgenden Antrag sofort ohne Aussprache an den Rechtsausschuß zu verweisen. § 17a des Reichsgesetzes soll folgendermaßen lauten: „Prozessverträge, die geeignet sind, das Geschicksgeld der Jugend zu überziehen oder irrezuleiten, sind verboten.“

Darauf wird die 2. Lesung des
Inhalts des Reichsarbeitsministeriums
fortgesetzt.

Abg. Dr. Gaedensamp (Dnt.) warnt vor der Ratifikation der internationalen Arbeitsabkommen. Deutschlands Reparationslasten hätten jetzt schon den anderen Industriestaaten einen gewaltigen wirtschaftlichen Vorsprung gegeben. Durch diese Abkommen würde er noch vergrößert werden. Eine bessere Statistik über die Soziallasten sei dringend erforderlich. Namentlich die Landwirtschaft leide schwer unter diesen Lasten. Die Sozialpolitik müsse mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten in Einklang bleiben. Die Anwartschaften hätten 29-34 Proz. der Lohnsummen erreicht (Hört, hört! rechts). Gegenüber sozialdemokratischen Angriffen auf die Ärzte betont Redner, daß der Aufbau der Sozialpolitik ohne die Opferfreudigkeit der Ärzte gar nicht möglich gewesen sei.

Abg. Thiel (Dnt.) würdigt dann die gesetzgeberische Arbeit auf sozialpolitischem Gebiete. Die Sonderstellung der Saisonbetriebe, namentlich der Landwirtschaft, und der Angestellten in der Arbeitslosenversicherung habe sich in der Praxis bewährt. Zugunsten der älteren Angestellten verlange der Redner ein gesetzgeberisches Eingreifen, nachdem die Selbsthilfe der Wirtschaft unfruchtbar geblieben sei. Die Inaktivitätsversicherung brauche jetzt schon ein Drittel Reichszuschuß. Ihre Inflationsverluste und die der Angestelltenversicherung legten dem Reiche Milliardenverpflichtungen auf, die im Dawesplan nicht berücksichtigt worden seien.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) betont, daß das Arbeitsgerichtsgesetz nur durch die Mitarbeit der Opposition zustande gekommen sei. Er fordert, daß die Behörden mit der Einstellung älterer Angestellten vorbildlich vorgehen. Das Schlichtungswesen will er noch ausgebaut wissen. In Genf müsse auch eine selbständige Abteilung für Angestelltenfragen errichtet werden. 30 Landesversicherungsämter — davon allein acht in Bayern — seien ein Luxus. Das wichtigste aber sei der Ausbau der Selbstverwaltung. In der Unfallversicherung bestreite er überhaupt noch nicht. Der Redner legt eine Entschlüsselung vor, die von der Regierung eine solche Reform der Sozialversicherung verlangt (Beifall bei den Demokraten).

Abg. Beier (Wirtschaftspartei) verlangt eine Zusammenlegung von Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium. Er bekämpft die gesamte soziale Gesetzgebung, die nur zugunsten der Arbeiter gemacht worden sei.

Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.) erkennt an, daß die Sozialpolitik in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht habe. Auch eine linksregierende Partei könne keine andere Sozialpolitik machen. Durch Kürzung der Soziallasten könne man die zweifelhafte Not der Landwirtschaft nicht mildern.

Abg. v. Gräfe (Dnt.) hält die Entwicklung der Sozialpolitik für ungesund. Das gelte besonders für die Arbeitslosenversicherung. Diese müsse reformiert werden in dem Sinne, daß wer Unterstützung erhalte, auch eine bestimmte Arbeit leisten müsse.

Abg. Seiffert (Vollrechtspartei) lehnt Auslandsanleihen für den Wohnungsbau wegen der hohen Zinsen ab und fordert schleunige Verabschiedung einer ausreichenden Kleinrentnerversorgung.

Abg. Stöhr (N. S.) meint, der Stillstand der Sozialpolitik sei auf den Dawesplan zurückzuführen.

Darauf wird die Beratung abgebrochen.
Abg. Dr. Mumm (Dnt.) bittet nunmehr, seinen Antrag gegen die schamlosen Presseberichte über Prozesse ohne Aussprache an den Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. Dittmann (S.) widerspricht. Es handelt sich nicht um eine Frage der Prozessverhinderung, sondern um eine Frage der Prozessführung. Nicht ein Pressefandal, sondern ein Justizfandal liegt hier vor (Zustimmung links). Es wäre Pflicht des Reichsjustizministers Hertig gewesen, mit dem preußischen Justizminister Schmidt darüber zu sprechen, wie dieser Prozess gegen die Kinder — denn Kinder sind sie alle — zu führen gewesen wäre.

Da somit Widerspruch erhoben ist, schlägt Präsident Löss vor, daß der Ministerrat am Dienstag darüber Beschluß fasse, wann der Antrag beraten werden soll.

Abg. Dr. Mumm (Dnt.) ist damit einverstanden.
Die Weiterberatung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums wird auf Montag 14 Uhr vertagt.

Politische Neuigkeiten

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen

In Berlin haben am Samstag im Auswärtigen Amt die Wirtschaftsbesprechungen zwischen Deutschland und der Union der S. S. R. begonnen. Deutschseits werden die Besprechungen von Ministerialdirektor Dr. Wallroth, dem Leiter der Disabteilung des Auswärtigen Amtes und von der Sowjetunion von Herrn Schteifer, Mitglied des Kollegiums des Volkswirtschafts für Handel der Union der S. S. R. geleitet. In den Begrüßungsworten wurde die Bedeutung der Besprechungen für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion betont und der beiderseitige Wille zum Ausdruck gebracht, in freundschaftlichem Sinne bestehende Schwierigkeiten zu beseitigen und die Besprechungen zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß zu führen.

Bei den Verhandlungen muß man sich bemühen, sich auf bestimmte Einfuhrkontingente nach Rußland zu einigen, um eine gewisse Sicherheit für Deutschland zu haben, daß tatsächlich die betr. Waren auch abgenommen werden.

Deutschland und Polen

Am Sonntag sprach in Danzig der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Freiherr von Rheinbaben über weltwirtschaftliche Tendenzen und deutsche Außenpolitik. Er kam dabei auch auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen und auf die Verständigungspolitik zu sprechen und erklärte: Das Wort Verständigungspolitik ist nicht ein Schlagwort. Wir versuchen, auch mit Polen, vom Wirtschaftlichen ausgehend, zu einer politischen Annäherung zu kommen. Aber hinter den großen Überschriften kommen die Einzelfragen. Neben dem deutsch-französischen Problem ist das deutsch-polnische Problem das wichtigste in der deutschen Politik. Auch das Wirtschaftliche kann sich nur dann zum Vollen beider Völker entwickeln, wenn daneben auch die politischen Fragen bereinigt werden, wenn das Unrecht, das 1919 an Deutschland begangen worden ist, wieder gutgemacht wird. Hier in erster Linie sind noch keine endgültigen Verhältnisse, noch keine endgültigen Grundlagen für eine dauerhafte Verständigung geschaffen. Auf die Danziger Verhältnisse eingehend erklärte der Redner: Wenn es richtig ist, daß Wirtschaft und Politik miteinander verknüpft sind, so gelte es für Danzig, daß es um kleiner wirtschaftlicher Augenblickserfolge willen die großen politischen Ziele der Zukunft nicht aus dem Auge verlieren dürfe.

Leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit

In der Zeit vom 15. bis 31. Januar ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von rund 1 200 500 auf 1 155 500, das ist um 45 000 oder um 3,8 v. H. gesunken, während bei den Frauen noch eine Zunahme um 7000 (von 170 500 auf 177 500) oder um 4,1 v. H. zu verzeichnen war. Für die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger erwies sich dabei nur eine Abnahme um 38 000 (von 1 371 000 auf 1 333 000) oder um 2,8 v. H. Stärker ist der Rückgang in der Frauenfürsorge. Hier ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von rund 288 000 auf 215 000, das ist um 73 000 oder um 5,9 v. H., zurückgegangen. Der Rückgang ist bei den Frauen verhältnismäßig größer als bei den Männern. Er betrug bei den Männern 11 000 (von 191 000 auf 180 000) oder 5,8 v. H., bei den Frauen 2000 (von 37 000 auf 35 000) oder 6,4 v. H. Die Zahl der Notstandsarbeiter in der Arbeitslosenversicherung und in der Frauenfürsorge zusammen ist von rund 31 000 auf 47 000, das ist um 16 000 gestiegen.

Anklage gegen den Fabrikanten des Lucutate. Der Oberstaatsanwalt hat, wie aus Gnosser gemeldet wird, gegen den Fabrikanten des als Gefundungsmitel angepriesenen Lucutate, Anklage wegen Betruges und unläuterer Wettbewerbserhoben.

Ersparnisse im englischen Budget. „Daily Telegraph“ erfährt, daß in den bevorstehenden Budgetberatungen die Ersparnisse in den Voranschlägen für Meer, Marine und Luftwaffe drei bis vier Millionen Pfund Sterling betragen werden. Auch auf anderen Gebieten werden beträchtliche Ersparnisse erwartet.

Kommunistische Kundgebung in Athen. Am gestrigen Sonntag veranstalteten 400 Kommunisten eine Kundgebung auf den Etrachen. Die Ordnung wurde durch die Polizei wieder hergestellt. Unter den Verhafteten befindet sich ein Pole.

aufbau für die Bewegung Geklers unverständlich, wenn nicht komisch: der Tyrann lobt dauernd, daß ihm die Bäuerin Arngard den Weg verleiht, und tanzt deshalb in der breiten hohlen Gasse vor und zurück, hin und her, wobei er doch mit einem ganzen Gefolge rechts und links an der Wirtsthekin vorbeischieben könnte. In dieser Szene aber erkreute wiederum, daß Baumbach den Mut hatte, auf das traditionelle Pferd Geklers, das immer die Verzweiflungsszene der Bäuerin mit ihren Kindern stört, zu verzichten.

Im ganzen bewies also Baumbachs Inszenierung, daß er einen einheitlichen Stilwillen zur Geltung bringen wollte, was ihm in der inneren Regieführung, unterstützt durch die dem Stücke selbst innerwohnenden bühnenmäßigen Qualitäten, besser gelang wie in der äußeren Raumgestaltung, die stellenweise die Sphäre des Experimentelles nicht verließ.

Eine weitere wesentliche Unterstützung fand die Regieführung durch die Darsteller. Paul Hiel brachte in dem Tell vor allem den sympathischen Menschen zum Ausdruck, der uns aus seinem ungeheuren Schmerzleben bei der Apfelschneise seine Wandlung zur Tötung des Tyrannen menschlich begreifbar macht. Den Volkshelden und -führer erkannte man weniger in diesem mehr aufs Weiche eingestellten Tell selbst als in seiner Wirkung auf die Umgebung im weiteren und engeren Sinne. Teilweise mag dies auch in der Dämpfung der Sprechweise beruhen, die übrigens in dem berühmten Monolog der Hohlen-Gasse-Szene zu einigen gewaltigen Nuancierungen führte. Sein Gegenspieler Gekler wurde von Ulrich von der Trend durchaus originell gegeben; gewissermaßen modernisiert in schmerzender Offiziersfäule; eine kluge Darstellung, die sich weit von der seines Vorgängers Baumbach unterschied. Das Gegenpiel Geklers und Tells, zusammen mit der ganzen Volksmasse brachte die Apfelschneise zu überaus starker Wirkung.

Auf darstellerischer Eingeleistung beruhte der andere Höhepunkt der Aufführung, zu dem wie bei der letzten Inszenierung die erste Melchthalzene sich erhob. Wieder gab wie damals Stefan Dahlen den Arnold Melchthal. Aber in ganz neuer Gestaltung. Hier wirkte sich das Regieprinzip der Dämpfung besonders glänzend aus, zugleich aber auch die innere Reifung des Künstlers in den letzten sechs Jahren. Wahhaft erschütternd war die Seelenangst und der Schmerz des Arnold Melchthal, gerade weil sie nur in Halbklängen zum Ausdruck rangen. Zugleich aber wußte Dahlen in dem

hingenden Metall seiner Stimme auch die von Leidenschaft durchwühlte Brust des stürmischen Melchthal zu befreien.

Aus der Fülle der anderen Darsteller sei vor allem Paul Rudolf Schulze hervorgehoben, der in seinem Werner Stauffacher einen sehr sympathischen, warmherzigen und besonnenen Hausvater darstellte, dem man wohl glauben konnte, daß die Vertrauen des Volkes zum Führer wählte. Doch hätte wohl keine große Mittlere einige pathetische Nuancen ertragen. Otto Oeder gab wie früher den alten Walter Jüsch, wobei er diesmal bestrebt war, das allzu Weiche des bedächtigen Paters zurückzudrängen. Der frühere Tell Fritz Oerz war als Patzer Köselmann, wie zu erwarten, eindrucksvoll. Besonders erwähnt sei noch Hermann Brand, an dessen Verkörperung der beiden Rollen — Söldner Friedrich und Fronzob — die er auch früher darstellte, zu erkennen war, welche glückliche Entwicklung der Künstler in den letzten sechs Jahren genommen hat.

Von den Frauengestalten waren uns Melanie Ermarth als Arngard und Marie Frankfurter als Gertrud Stauffacher in guter Erinnerung. Hilde Wiler als Vertha von Brummed und Pia Nielsen als Telle Gattin waren bläuliche Gestalten. Walbemar Reigeb hatte scheinend Eile, mit seiner Rolle des Ulrich von Rudenz zu Ende zu kommen.

Prof. Dr. Karl Doll.

Margarethe

Die zweite Aufführung der neueinstudierten Sounodoper brachte eine Wiederbegegnung mit dem Stettiner lyrischen Bariton Armin Volkner, der vor 14 Tagen schon einmal als Graf Luna auf Engagement gastierte. Warum aber, so fragt man sich, wurde dies Gastspiel nötig, nachdem wir inzwischen einen Vertreter des zu belegenden Faches gehört haben, der trotz Indisposition einen weit günstigeren Gesamtindruck hinterließ? Gewiß, auch bei Armin Volkner besaß sojaleg Valentins erstes Lied gute sängerische Anlage; wieder hätte man das Gefühl, daß der Künstler in der Stimmführung richtig beraten ist und sein Organ ebenfalls dort noch geschmackvoll und angenehm zu behandeln weiß, wo es eigentlich nach Umfang etwas mehr hergeben und wärmer antprechen müßte. In auffallendem Gegensatz dazu stand jedoch das unbeholfene und vollkommen farblose Spiel. Da es sich dabei nicht, wie ich früher annahm, um einen Anfänger handelt, sondern um einen

Badischer Teil

Beleidigung der badischen Regierung

Als im Oktober 1926 ein Parteitag der Süddeutschen Nationalsozialisten in Karlsruhe gehalten wurde, veröffentlichte der „Süddeutsche Beobachter“ unter Verantwortung des Redakteurs Robert Wagner einen Artikel, in dem er schwere Beleidigungen gegen die badische Regierung aussprach. In Baden war damals das Auftreten Hitzlers verboten worden, und wegen dieses Verbotes ist der Artikel erschienen. Durch besondere Schlagzeilen, die in den Text gesetzt worden waren, enthielt der Artikel ein Gerippe aus den Worten: „Internationale Lumpen und bezahlte Schufte in der Regierung.“ Der badische Staatspräsident Dr. Remmele und die übrigen Mitglieder der badischen Regierung erhoben Klage gegen den verantwortlichen Redakteur. Im Laufe der Untersuchung stellte es sich heraus, daß der Verfasser Dr. Geiger in Stuttgart war und daß das Schlagzeilengerippe im Manuskript sogar geheißen hatte: „Im Freistaat Baden sind internationale Lumpen und bezahlte Schufte an der Regierung.“

Wagner wurde vom Landgericht Stuttgart wegen Beleidigung nach § 185 und 186 des Reichsstrafgesetzbuches als Zusatz zu einer wegen Vergehens gegen das Republikausgesetz gegen ihn erkannten Strafe zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision behauptete, es liege hier Wahrung berechtigter Interessen vor, denn die Äußerungen seien im politischen Kampf getan worden, und seien nichts anderes als der Ausdruck innerer Überzeugung. Sowohl der Verfasser als auch der für die Veröffentlichung verantwortlichen Redakteurs gewesen. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts als Revisionsinstanz hat die Revision aber nicht zurückgewiesen. Das Urteil des Landgerichts Stuttgart habe mit zweifelsfreier Klarheit festgestellt, daß es sich hier um eine schwere öffentliche Beleidigung handele; wenn Wagner lediglich seiner politischen Gegnerin hätte Ausdruck geben und an den Verhältnissen in Baden hätte politische Kritik üben wollen, so hätte er diesen Zweck ohne Veröffentlichung so schwerer Beleidigungen erreichen können.

Prälat Schofer zur politischen Lage

Die „Freiburger Tagespost“ veröffentlicht eine Unterredung mit Prälat Dr. Schofer, der auf ärztliches Anraten zur Wiederherstellung seiner Gesundheit Freiburg in diesen Tagen verläßt.

Der Chef der badischen Zentrumspartei äußerte sich dahin, man müsse sich in der Beurteilung des Schreibens des Reichspräsidenten Reserven auflegen, da der Wortlaut noch nicht vorliege, aber so viel könne jedenfalls gesagt werden, daß der Reichspräsident offenbar wolle, daß neben dem Staat, neben den Maßnahmen für die Landwirtschaft, auch das eine oder andere wichtige Gesetz noch milderer werde. Nicht an letzter Stelle dürfe wohl das Reichsschulgesetz stehen. Das Zentrum habe nie geglaubt, die Interessen des Vaterlandes vor die eigenen Parteinteressen zu stellen, und man dürfe verlangen, daß die anderen Regierungsparteien mindestens in bestimmtem Umfang eine ähnliche Einstellung erkennen lassen. Wenn die Deutsche Volkspartei nicht einen der verschiedenen Wege, die hinsichtlich des Reichsschulgesetzes zum Ziele führen könnten, ehrlich betreten wolle, dann schaffe sie damit die Unmöglichkeit, daß das Zentrum die Verantwortung demnach weitertrage. Seitens des Zentrums sei man immer zur Verständigung bereit. Weiter sagte Dr. Schofer im Hinblick auf die jüngste Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums in Berlin, es sei erforderlich, daß die christlichen Grundgedanken in sozialer Beziehung festhalten, in Gesetzgebung und Verwaltung auch in sozialer Beziehung fest und bleiben müssen. Das Zentrum habe es an dieser Erkenntnis nicht fehlen lassen. Deshalb sei auch nicht anzunehmen, daß die christlichen Gewerkschaftler als Gewerkschaftler die Partei und die Politik des Zentrums hätten dirigieren wollen. Der badische Parteitag, welcher Anfang März stattfindet, werde sich mit allen diesen Fragen ruhig und sachlich befassen.

Der Voranschlag der Gemeinde Güttenbach war in der Bürgerausschussung vor 14 Tagen mit 20 gegen 19 Stimmen angenommen worden. Infolge der knappen Mehrheit wurde der Voranschlag vom Bezirksamt nochmals zur Beratung an den Gemeinderat und Bürgerausschuss zurückgegeben, und kam in der Bürgerausschussung am Donnerstag zum drittenmal zur Besprechung. Nach längerer Debatte ergab die Abstimmung 20 gegen 20 Stimmen. Man ist auf den Ausgang der Sache gespannt.

Sänger, der immerhin schon zehn Jahre auf den Brettern agiert, so scheint dieser Mangel an Routine doch wohl schwer zu beheben und überhaupt ein Problem, das zu lösen vielleicht zu spät ist. Oder will man sich hier tatsächlich auf ein Experiment einlassen, dessen höchst wahrscheinliches Mißlingen für den Bewerber selbst noch nachteiligere Folgen wäre? Die Margarethe sang diesmal Emma Seierlich. Aber das Aufnahmevermögen ihrer noch kleinen Stimme mit deutlicher Koloraturfärbung schien sie sich freilich selber bei der Übernahme der Partie noch kaum ganz im Klaren. Bei jedem dramatischen Anlauf klang jedenfalls ihr Sopran viel zu dünn und schwach, in den Grenzen des Bergesanges dagegen sowie durchgehends im Mezzavoice rein und klar. Darstellerisch bot sie eine gewinnende Erscheinung und hatte sich von allen sonst störenden debütierlichen Hemmungen freigemacht. Die Vorstellung ging im übrigen ohne die anderen angekündigten Umbesetzungen vor sich; sowohl Wilhelm Kettwig, der jetzt den Faust singen sollte, wie Elise Blank, welche in der eigentlich der Sourette zugehörigen Rolle des Siebel hätte auftreten sollen; hatten abgesehen dafür ertraten allerdings auch gestern wieder Josef Witt und Magda Strad durch wohltrainierte Ausgeglichenheit und in schönem Auftrieb sich entwickelnde Sangeskunst. Schade nur, daß sie sich zum Weisfall von recht wenigen Besuchern hören ließen! Für künftige Fälle möchte man der Intendanz dringend nahelegen, bei der Aufstellung des Spielplans auf die äußeren Zeitumstände etwas mehr Rücksicht zu nehmen.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus: „Das edle Blut“, ein Drama nach der Novelle von Ernst v. Wildenbruch, ist hier für den Film bearbeitet. Eine Episode aus vergangenen Tagen, die aber ihre Bedeutung behält, gerade zur Osterzeit, da viele Eltern vor die Berufswahl ihrer Kinder gestellt sind. Die Handlung ist ein Warnungszeichen für die Eltern, die ihre Kinder zu einem Beruf pressen, sei es aus Familientradition oder falschem Ehrgeiz. Gewiß soll man den Kindern mit Rat und Tat zur Seite stehen, aber einen Beruf, der dem Kinde absolut nicht liegt, sollte man ihnen nicht aufzwingen. Man schiebe ihre Begabung oder die Lust zu einem Beruf nicht zinsweise beiseite, sondern versuche mit Liebe und Verständnis in die Psyche des Kindes einzudringen. Wie man es nicht machen soll, das ist in diesem Film in dramatischer Weise festgehalten. Die Darsteller sind zum großen Teil Jugendliche. Das Konzerthaus war dicht besetzt.

Der Gemeindeverband Oberheim und das Kraftwerk Säckingen

Mit Angriffen des Direktors der Kraftwerke Rheinfelden und Verwaltungsberechtigten von Murburg-Säckingen, Dr. Haas, mit denen er in einem am 3. Februar in Vörrach im Auftrage der Handelskammer Säckingen gehaltenen Vortrag die Wirtschaftlichkeit des Ausbaues der Staustufe Säckingen bestritt, hat der Vorstand des Gemeindeverbandes Oberheim in einer in Waldshut abgehaltenen Sitzung am 11. Februar in Anwesenheit des Landeskommissars und des Landrats von Konstanz sich beschäftigt.

Als Ergebnis der Beratungen wurde eine sehr ausführliche in zehn Teile entfallende Entschließung gefaßt, in der im einzelnen die von Direktor Dr. Haas gemachten Feststellungen über die Unwirtschaftlichkeit der in Aussicht genommenen Staustufe Säckingen eingehend zurückgewiesen werden. Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß Dr. Haas in der Sitzung des Badischen Landesparlamentes und Wasserwirtschaftsrates vom 9. Juli 1923 nach dem amtlichen Stenogramm die Regierung und das Badenwerk selbst zu ihren Erfolgen auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft beglückwünscht hat. Damit falle das zum Überdruß wiederholte und widerlegte Schlagwort von der „Gefahr der öffentlichen Wirtschaft“. Des weiteren wird darauf hingewiesen, daß von den maßgebenden Stellen sämtliche Oberheimstaustufen, auch die Staustufe Säckingen, als bauwürdig anerkannt worden sind. Eine Beeinträchtigung des geplanten Kraftwerkes Säckingen durch den Rückbau von Niederstschwörstadt sei nicht zu befürchten. In dem Verleihungsbescheid für die Wasserkanalanlage bei Niederstschwörstadt sei in Artikel 2a Ziffer 5 ausdrücklich festgelegt, daß eine Verdrängung der Staustufe Säckingen durch den Rückbau von Niederstschwörstadt nicht stattfinden dürfe, andernfalls habe das Kraftwerk Niederstschwörstadt von der Inbetriebnahme des Kraftwerkes Säckingen an durch Vierung von Strom zu den Befestigungsstellen des Kraftwerkes Niederstschwörstadt den Ausfall zu leiden. Damit entfällt die Berechnung, daß der Rückbau des Schwörstädter Kraftwerkes die Staustufe Säckingen unwirtschaftlich machen könne. Der Gemeindeverband verwahrt sich in aller Form dagegen, daß Dr. Haas es als seine Gewissenspflicht darstellt, die Oberheimgemeinden vor wirtschaftlichen Verlusten zu schützen. In dieser Beziehung vertraut der Gemeindeverband rüchellos seinen Führern und den für ihn zuständigen Staatsbehörden. Es wird schließlich noch darauf verwiesen, daß bei einem Stromausfall von rund 360 Millionen Kilowattstunden beim Kraftwerk Säckingen sich ein Strompreis von höchstens 1,3 bis 1,4 Reichspfennig für die Kilowattstunden ergeben wird. Es könne endlich keinem Zweifel unterliegen, daß die Wasserkraft am Oberheim den Dampfstromwerken nicht nur ebenbürtig, sondern ihnen überlegen sein werden. Dr. Haas habe ja selbst zugegeben, daß die aus Kohle erzeugte Energie 2,2 bis 2,8 Reichspfennig pro Kilowattstunden koste werde, ein Preis, der selbst bei dem ungünstigsten Wert am Oberheim bei weitem nicht erreicht werde.

Fahrplankonferenz in Calw

Vor kurzem fand in Calw die diesjährige Fahrplankonferenz der Reichsbahndirektion Stuttgart für die Nagold- und Enzgebirgsbahn statt, wobei der Nagoldbahnausschuss endlich seine langjährigen Wünsche auf ganzjährige Führung der beiden Eilzüge 901 und 904 erfüllt bekam. — Recht interessant war auch die Mitteilung, daß die beiden Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Stuttgart sich zur gemeinsamen Herausgabe eines Kursbuches, das als ein erweitertes grünes Kursbuch in Karlsruhe hergestellt wird, entschlossen haben.

Betrügereien beim Redartalanbau?

Die Abg. Pflüger und Ulrich (Soz.) haben im württembergischen Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: „Im Umlauf befindliche Gerüchte belagen, bei Ausführung der Staustufe Säckingen am Redartalan seien große Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Originalpläne seien vernichtet und der Kostenberechnung falsche Pläne zugrunde gelegt worden mit dem Erfolg, daß eine Baufirma 60 000 M mehr bekommen habe, als sie zu beanspruchen hatte. Um den Betrag zu verdecken, seien Schreibegeletter in Höhe von 5000 M und 1800 M an technische Angestellte der Baufirma gezahlt worden. Ich erlaube das Staatsministerium um Auskunft, ob ihm die erwähnten Vorfälle bekannt geworden sind, ferner, was geschah ist, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und wie es zu verhindern ist, daß die betr. Baufirma trotz der vorgekommenen Unregelmäßigkeiten mit großen öffentlichen Aufträgen erneut beauftragt werden?“

Aus der Landeshauptstadt

Der 80. Geburtstag Geh. Rat Engesser. Am Samstag konnte, wie gemeldet, der bekannte badische Brückenbauer, Geh. Rat Dr.-Ing. e. h. Friedrich Engesser, seinen 80. Geburtstag feiern. Bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen war er vornehmlich beim Bau der Schwarzwaldbahn tätig. So sind auf der Strecke Offenburg—Singen die Brücken bei Hausach, Gutach und Dornberg von ihm geschaffen worden. Seit 1888 hat er als Professor der Technischen Hochschule mit außerordentlichem Erfolge gewirkt. Seine Vorträge umfassen das Gebiet der Brückenbau, hauptsächlich eiserne Brücken, und des Eisenbahnbaues. Von seinen Werken sind besonders bekannt: „Die Zugkräfte und Nebenleistungen eiserner Fachwerkbauwerke“ und „Die Theorie und Berechnung der Bogenschwellerträger ohne Scheitelgelenk“. Engesser zählt zu den bedeutendsten Statikern der Welt. Ihm zu Ehren hat die Stadt Karlsruhe eine Straße, in der Nähe der Technischen Hochschule, nach ihm benannt. 1915 zog er sich zum Lebramt zurück.

Tulla-Gedächtnisfeier. Am 27. März d. J. werden es 100 Jahre seit dem Tode Gottfried Tulla, des früheren Direktors der badischen Wasser- und Straßenbauverwaltung und Begründers der Rheinforstverwaltung sein. Die badische Wasser- und Straßenbauverwaltung beabsichtigt diesen Tag durch eine Weisung zu begehen, die in einer Ansprache mit einleitendem und abschließendem Orchesterkonzert bestehen wird. Der Stadtrat stellt für diese Gedächtnisfeier den großen Saal des städtischen Konzerthauses zur Verfügung.

Bekehrung des „Karlsruher Tagblatt“. Das „Karlsruher Tagblatt“ bringt in seiner Sonntagsummer folgende Notiz: Das „Karlsruher Tagblatt“ ist mit dem 1. Februar 1928 in den Besitz der Konordia, Zeitungsverlags G. m. b. H. übergegangen, die mit der „Badischen Presse“ aus wirtschaftlichen Gründen eine Interessengemeinschaft abgeschlossen hat. An der Tendenz und Erscheinungsweise des „Karlsruher Tagblattes“ wird sich auch in Zukunft nichts ändern, so daß für die Leser keinerlei Anlaß zu einer Verunsicherung vorliegt.

Pullmanwagen ab 15. Mai. Die Reichsbahngesellschaft wird, wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, vom 15. Mai ab im Verkehr Holland—Schweiz verkehrswise einen Pullmanzugpaar, Amsterd.—Doel nach Holland und Basel über Duisburg — Düsseldorf — Köln — Mainz — Mannheim — Karlsruhe — Baden-Dos — Freiburg, verkehren lassen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Von der Südseite des von der Nordsee nach Osten weiterziehenden Sturmwindes ist Kaltluft bis zu den Alpen vorgebrungen und hat am Samstag und Sonntag im Schwarzwald zu ergiebigen Schneefällen geführt. Das dem Wibel folgende Zwischenhoch brachte am Sonntag vormittag kurze Aufbesserungen. Heute morgen haben die Warmluftmassen eines neuen von England angelangten Wibels bereits Westfrankreich überflogen. Sie werden auch uns in Kürze erreichen und bei aufsteigenden Westwinden Niederschläge und Erwärmung bringen. Voraussage: Anhaltend mild und wolfig mit Regenfällen in der Ebene und Schnee im Gebirge bei aufsteigenden Westwinden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 13. Febr. Hier wurden zwei ausländische Betrüger festgenommen, die Mitglieder einer Schwindlerorganisation sind. Sie haben in einer ganzen Anzahl von Städten Geldsammlungen zur angeblichen Unterstützung armer ausländischer Studenten jüdischen Glaubens veranstaltet und auch in Frankfurt und Offenbach Geldbeträge in Höhe von zusammen 800 M eingenommen.

Byd. Weinheim, 12. Febr. Die Versuche, im vorderen Odenwald Mufflon-Wildschafe auszusuchen, sind gescheitert, da hier der Wald für diese Tiere zu unruhig ist. Nun werden 20 Tiere nach dem hinteren Odenwald geschafft, und im Katzenbuechelgebiet ausgefüttert. Für die Wildschafe besteht Abwehrverbot.

Dr. Biesental (Amt Bruchsal), 13. Febr. Ein von Mannheim kommendes, mit Papier beladenes Lastauto nebst Anhänger konnte am Bahnübergang vor der geistlichen Schranke nicht zum Stehen gebracht werden, da die Bremse versagte. Das schwere Auto drückte die Schranke durch und geriet auf den letzten Wagen des gerade passierenden Zuges. Es wurde total zertrümmert. Der Chauffeur konnte sich durch rechtzeitiges Abspringen retten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	13. Febr.		11. Febr.	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.68	169.02	168.70	169.04
Kopenhagen 100 Kr.	112.19	112.41	112.21	112.43
Italien 100 L.	22.195	22.235	22.195	22.235
London 1 Pf.	20.423	20.463	20.426	20.466
New York 1 D.	4.1900	4.1980	4.1905	4.1985
Paris 100 Fr.	16.46	16.50	16.465	16.505
Schweiz 100 Fr.	80.60	80.76	80.60	80.76
Wien 100 Schilling	58.985	59.105	59.01	59.13
Prag 100 Kr.	12.418	12.438	12.418	12.438

Die Kölner Frühjahrsmesse, die vom 12. bis 15. Februar stattfindet (die Technische Messe vom 12. bis 17. Februar) wurde von Oberbürgermeister Dr. Abenauer im Ehrenhof der Messe eröffnet. Der frühe Zeitpunkt wurde mit Rücksicht auf die internationale Presseausstellung, die im Mai eröffnet wird, gewählt.

Verschiedenes

Große Unterschleife in einem Warenhaus

W. B. Schwerin, 13. Febr. (Tel.) Im hiesigen Warenhaus der Karstadt A. G. sind durch die Angestellten Diebstähle in sehr großem Umfang begangen worden. Die Staatsanwaltschaft Schwerin hat eine ganze Reihe von Angestellten des Kaufhauses verhaften lassen. Es konnten große Mengen Diebstahl hier und auswärts beschlagnahmt und wieder herbeigeschafft werden. Die Untersuchungen sind noch im Gange.

Rennede in Kalkutta angekommen

Der deutsche Flieger Rennede ist in Kalkutta angekommen. Wie erinnerlich, hatte er im November v. J. eine Notlandung in Allahabad vornehmen müssen.

Der amerikanische Freundschaftsflug

W. B. Savanna, 13. Febr. (Tel.) Lindbergh ist nach St. Louis gestartet, wo sein lateinamerikanischer Freundschaftsflug sein Ende erreichen wird.

Staatsanzeiger

Dem Stadtrat Offenburg wird die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Sach- und Geldlotterie anlässlich des Offenburgers Marktes erteilt.
Karlsruhe, den 8. Februar 1928.
Der Minister des Innern
Remmele

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Jurubeziehungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Staatsministeriums

Ernannt: Verwaltungsjunktor Friedrich Petter beim Staatsministerium zum Verwaltungsobersekretär bestellt.

Ministerium des Innern

Jurubelegt: Polizeiwachmeister Franz Braun in Bruchsal.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt: Die Gewerbelehrer Otto Rupprecht in Gengenbach zum Direktor der Gewerbeschule Schwellingen und Reinhold Derrmann in Bruchsal zum Direktor der Gewerbeschule Donaueschingen, Gewerbelehrer i. e. R. Ludwig Koch, zuletzt in Wühl, zum Direktor der Gewerbeschule in Schopfheim.

Berufen in gleicher Eigenschaft:

Direktor Alexander Rusterer von der Gewerbeschule in Schopfheim an die Gewerbeschule II in Heidelberg.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen

Wasser- und Straßenbauverwaltung

Ernannt: Bauobersekretär Karl Lemmy beim Kulturbauamt Karlsruhe zum Bauinspektor, die Zeichnungsassistenten Wilhelm Gchel und Ernst Hill bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung zu Lithographen.

Berufen:

Obergeometer Wilhelm Kaus in Vörrach zum Vermessungsamt Horkheim.

In den Ruhestand treten kraft Gesetzes: Vermessungsobersekretär Eduard Döbler in Nehl und Straßenwärter Julius Köpfer in Langenels.

